

**D**ie Europäische Zentralbank (EZB) hat einen eindeutigen Auftrag: Preisstabilität. Zurzeit ist man davon weit entfernt. Im März lag die Inflationsrate im Euroraum bei 7,5 Prozent. Hauptursache sind die extrem stark gestiegenen Preise für Heizöl und Benzin. Sie sind um 107 Prozent beziehungsweise 47 Prozent gestiegen. Diese Preisanstiege konnte und kann die EZB nicht verhindern. Aber sie muss darauf hinwirken, dass sich die hohen Inflationsraten nicht verfestigen. Das wäre der Fall, wenn es zu Zweitrundeneffekten käme, zum Beispiel in Form stark steigender Löhne, die wiederum zu höheren Kosten der Unternehmen und damit wieder zu höheren Preisen führen (Lohn-Preis-Spirale). Doch um einer Verfestigung entgegenzuwirken, reagiert die EZB zu zögerlich. Zwei geldpolitische Instrumente muss man beobachten: die Veränderungen in den „Nettoanleihekäufen“ und in den Leitzinsen. Beide sind noch immer extrem expansiv ausgerichtet, also so, wie man reagiert, wenn man zu niedrige Inflationsraten erwartet. Im März hat die EZB eine geldpolitische Wende zumindest eingeleitet: Die „Nettoanleihekäufe“ sollen irgendwann (!) zwischen Juli und September eingestellt werden, dann seien auch irgendwann (!) Leitzinserhöhungen möglich. Vergangene Woche hätte die EZB dieses konkretisieren können, zum Beispiel dahingehend, dass sie die „Nettoanleihekäufe“ gleich im Juli einstellt und dann die Zinsen erhöht. Doch sie hat die Beschlüsse aus dem März nur bestätigt – man wolle erst wieder abwarten. Christine Lagarde, die Präsidentin der EZB, hat gesagt: Der Inflationsdruck habe sich über viele Sektoren intensiviert, die Preise würden nun auf breiterer Front steigen, es dürfte mit der Zeit zu einem schnelleren Anstieg der Löhne kommen, die Inflation werde in den kommenden Monaten hoch bleiben. Wirklich weiterhin abwarten? Nein! Diese eigenen Beobachtungen der EZB sprechen für ein Handeln und klare Aussagen, um einer Verfestigung der hohen Inflationsraten entgegenzuwirken.

## Abwarten statt Handeln

Mit ihrem geldpolitischen Zaudern widerspricht die EZB eigenen Erkenntnissen.



Unsere Autorin ist Professorin für monetäre Makroökonomik an der Universität Düsseldorf. Sie wechselt sich hier mit dem Wettbewerbsökonom Justus Haucap und dem Vermögensexperten Karsten Tripp ab.